Udo Grashoff, Gefahr von innen. Verrat im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Wallstein Verlag: Göttingen 2021. 471 Seiten, € 52,00

Untersuchungen über Vertrauensleute (V-Leute) in den NS-Verfolgungsapparaten haben sich zu einem eigenständigen Forschungsfeld entwickelt. V-Leute setzte die Gestapo in beinahe allen Opfergruppen ein. Dass sich die Perspektive der Forschung dabei auf die illegale KPD fokussiert hat, ist sicher mit dem vergleichsweise hohen Bedeutungsgrad des kommunistischen Widerstands erklärbar. Einschlägige Untersuchungen zur Unterwanderung des Geheimapparats der KPD hat Siegfried Grundmann vorgelegt, während – jeweils mit einer regionalen Schwerpunktsetzung – Wilhelm Mensing das Rhein-Ruhr-Gebiet und Hans Schafranek hauptsächlich Wien in den Blick genommen haben. Kollektivbiografische Aspekte der Gestapokonfidenten hat außerdem Klaus-Michael Mallmann herausgearbeitet. Die bislang vorliegenden Befunde sind eindeutig: Ohne die Mitwirkung hunderter V-Leute wäre es der Politischen Polizei kaum gelungen, den kommunistischen Widerstand im Zuge der großen Verhaftungswellen in den Jahren 1933 bis 1935/36 derart effektiv zu zerschlagen und dann, während des Zweiten Weltkriegs, viele der noch verbliebenen Netzwerke der illegalen KPD aufzudecken.

Mit Einzelschicksalen von Gestapokonfident[inn]en aus dem kommunistischen Milieu hat sich auch der Verfasser der vorliegenden Studie bereits befasst. In der aus einer an der Universität Leipzig eingereichten Habilitationsschrift hervorgegangen Monografie dehnt Udo Grashoff nun die auf die verdeckte Agententätigkeit im Dienste der Gestapo enggeführte Forschungsoptik auf einen weiter gefassten, analytischen Verratsbegriff aus, „der sich an der individuellen Hand-

lungslogik orientiert“, welche den Bruch eines Treueverhältnisses sowie ein intentionales Agieren voraussetzt. Damit soll „die Verratszone bis in ihre Randbereiche“ erfasst werden (S. 14 f.). Das „kommunistische Verrats-Label“ kann demzufolge in sechs Untergruppen unterschieden werden:

1. „Renegaten“, die entweder zum politischen Gegner, vor allem zur SA oder/und zur NSDAP, überliefen und/oder die sich im Zuge eines expliziten Gesinnungsverrats demonstrativ für die NS-Propaganda dienstbar machten;

2. „Apostaten“, die sich der Widerstandstätigkeit entzogen, weil sie in Anbetracht des vom nationalsozialistischen Repressionsapparates exekutierten Verfolgungsterrors die Konsequenzen fürchteten und deshalb illegale Aktivitäten scheuten oder deren Sinnhaftigkeit generell in Frage stellten, ohne sich indes auf die andere Seite zu schlagen;

3. Polizeispitzel, welche die Gestapo meist aus dem kommunistischen Milieu rekrutierte; überwiegend „umgedrehte“ Funktionäre, die als Kollaborateure der Staatspolizei nun ihre früheren Genossen ausspionierten. Anders agierten Spitzel, die sich lediglich als Kommunisten ausgaben, um im Auftrag der Staatspolizei die anvisierten Gruppen gezielt zu infiltrieren. Da solche „Nicht-Kommunisten“ ein Vertrauensverhältnis arglistig vortäuschten, im eigentlichen Sinne aber keinen Verrat begingen, bleibt diese Kategorie in der Studie außen vor. Im Unterschied zu den Polizeispitzeln, die lediglich illegale Zusammenhänge ausspähten und ansonsten passiv blieben, animierten „Agent Provocateurs“ ihre vermeintlichen Genoss[inn]en zu riskanten Aktionen. Dagegen zogen „Lockspitzel“ zuvor Unbeteiligte in die illegalen Organisationszusammenhänge hinein oder/und versahen sie darüber hinaus mit verbotenem Schriftmaterial, um sie anschließend den Verfolgungsorganen auszuliefern;

4. „Aussagewillige“, die in den Folterverhören Namen ihrer Genossen preisgaben und somit unfreiwillig der Gestapo halfen. Ein „Einknicken“ galt der KPD als Verstoß gegen die Instruktionen für die illegale Arbeit. In der Anfangszeit des kommunistischen Widerstands wurde

auch die durch Misshandlungen erreichte Aussageerpressung kompromisslos als Verrat behandelt;

5. „Mischtypen“, welche sich bietende Spielräume nutzten, ihr Verhalten situativ an die Rahmenbedingungen anpassten und aus der Notlage heraus Konzessionen an die Gestapo machten oder nur zum Schein auf deren Offerten eingingen;

6. „Verdächtige“, die lediglich infolge aufkommender Gerüchte vom Widerstand als angebliche „Verräter/innen“ markiert wurden. Als solche gerieten sie auf die zirkulierenden Warnlisten (S. 15 f.).

Anders als die bisherige Forschung suggeriert, spielten Renegaten aus den Spitzengremien der KPD, etwa aus dem Zentralkomitee (ZK), zumindest in der Anfangsphase der NS-Diktatur keine Rolle. Einen höheren Stellenwert hatten Überläufer/innen der unteren Ebene, die sich zum Entsetzen ihrer vermeintlichen Genoss[inn]en manchmal aktiv an den Rollkommandos beteiligten, mit denen SA, SS und Stahlhelm die linken Milieus in den Großstädten angingen. Dabei bildet das Überläufertum in NS-Organisationen nur das Finale einer immensen Fluktuation, die schon in der Weimarer Republik an den Rändern der Partei einsetzte. Spätestens vor dem Hintergrund der im Frühjahr 1933 einsetzenden Massenverfolgung und des Terrors gegen die kommunistische Bewegung, die sich bis zum Ende der NS-Diktatur auf bis zu 150.000 Verhaftete und etwa 20.000 Tote belief, war dies für die KPD nur ein Problem unter vielen: „Überläufer bewirkten eine signifikante, aber in ihren Ausmaßen begrenzte Erosion der Mitgliederbasis der Partei“ (S. 82), die sich – nicht zuletzt aufgrund ihrer mangelnden Integrationskraft – seit den späten 1920er Jahren als eine Durchgangsstation für nur kurzfristig gebundene politische Opportunisten darstellte. Insofern glich die KPD mehr einem „Taubenschlag als einer Festung“ (Mallmann). Bis zu 1,7 Prozent der SA-Mitgliedschaft sollen aus ehemaligen Kommunisten bestanden haben. Insgesamt könnte bis 1934 insgesamt ein Sechstel der KPD-Parteimitglieder zu den Nazis übergelaufen sein. Bei zuletzt 300.000 Mitgliedern dürfte es sich um eine Zahl von maximal 50.000 handeln (S. 41 f.).

Niedrig hielt die Hemmschwelle für einen Seitenwechsel das geringe Bildungsniveau vieler Parteimitglieder ebenso wie die Möglichkeit, durch eine SA-Zugehörigkeit einen höheren sozialen Status zu erlangen, und vor allem materielle Motive. Der instabilen Basis, schätzungsweise zwischen 15 und 20 Prozent der Mitgliedschaft der KPD, stand jedoch ein gefestigter Parteikern gegenüber, der den strukturellen Fixpunkt in den indifferenten Mitgliedermassen formte. Allerdings war die Überführung einer zentralistisch geführten Kaderpartei in eine konspirative Widerstandsorganisation ein schwieriges Unterfangen. Jene politischen Opportunisten mit lediglich pragmatischer Parteibindung, die sie sich nicht zuletzt aus materiellen Gründen der kommunistischen Bewegung angeschlossen hatten, boten der Gestapo entscheidende Einbruchstellen für die Rekrutierung von Spitzeln. In der Illegalität unter Dauerstress geraten, kündigten diese in den Momenten totalen Ausgeliefertseins ihre Loyalität zur kommunistischen Bewegung auf und ergriffen aus Existenzangst womöglich die „Flucht nach vorn in denunziatorische Aktivität" (S. 48). Fatalerweise waren es aber gerade jene unteren Funktionsträger/innen, die als Schreibkräfte, Kuriere, Sicherungspersonal zwar eine marginale Stellung in der Parteihierarchie einnahmen, andererseits darin aber strukturelle Schlüsselpositionen besetzten. Da diese „technischen Mitarbeiter" über ein genaues Insiderwissen der inneren Zusammenhänge verfügten, hatte ihre Konversion verheerende Auswirkungen auf die widerständischen Milieukerne (S. 98 u. 118). Zusätzlich für Irritationen sorgte die von der KPD-Führung angeordnete Taktik des *Trojanischen Pferdes*. Demzufolge sollten Kommunist[inn]en im Parteiauftrag NS-Organisationen unterwandern, um dort Zersetzungsarbeit zu leisten. Dass es sich bei diesen vermeintlichen Überläufern tatsächlich um verdeckt arbeitende Genoss[inn]en handelte, blieb der Basis zumeist verborgen, was ein Klima von Anfeindungen beförderte. Viele Personen tauchten deshalb unberechtigt auf den zirkulierenden „Spitzelwarnlisten" auf.

Die auf den beispiellosen Verfolgungsterror unzureichend vorbereitete Führung der illegalen KPD reagierte auf die zunehmende Un-

terwanderung ihrer Strukturen, indem sie eine Umstrukturierung bei den „Technischen Aufgaben“ vornahm. Vorzugsweise blieb dieser Bereich nun den Angehörigen aus dem sicherheitspolitischen „AM-Apparat“ (Antimilitärischer Apparat) vorbehalten, der bereits unter legalen Bedingungen mit der Spitzelabwehr betraut worden war. Für die Gestapo war es meist ein langwieriges Unterfangen, diese altgedienten Kader durch Foltererpressung zum Reden zu bringen und anschließend als V-Leute einzuspannen. Wenn sich bewährte kommunistische Funktionäre und Geheimnisträger, denen die Basis aufgrund einer langen Parteibiografie einen enormen Vertrauensvorschuss entgegenbrachte, in Beobachterpositionen einschleusen ließen und dann bis in die Leitungsebenen der Widerstandsnetzwerke vordrangen, wirkten sie wie ein Einfallstor für eine sich kaskadenartig fortsetzende Verfolgungsdynamik. Mit den Angehörigen des KPD-Nachrichtendienstes als V-Leute gelangte die Gestapo an das erforderliche Detailwissen, um der illegalen KPD mittels größerer Verhaftungsaktionen vernichtende Schläge zu versetzen (S. 120).

Als Erklärung für den Fakt, dass gerade die Angehörigen des KPD-Nachrichtendienstes zu Verrätern ihrer eigenen Sache wurden, führt Grashoff drei Faktoren an: 1. Der Zugriff der Gestapo, die diese Zielgruppe wegen ihrer klandestinen Eignung besonders intensiv „bearbeitete“; 2. der Grad der ideologischen Schulung, wobei sich die gefestigten Absolventen der militärpolitischen Kurse in der Regel als resistenter gegen ihre Zwangsrekrutierung erwiesen. Problematische Persönlichkeitseigenschaften hingegen waren einem Seitenwechsel förderlicher; 3. zwielichtige Charaktere und Abenteurer, denen die Ideale und Ziele der kommunistischen Bewegung von untergeordneter Bedeutung waren, zeigten sich eher zu einer Spitzeltätigkeit für die Gegenseite bereit. Personen mit einer „Abenteurer-Mentalität“, die dubiosen Agentenpraktiken zuneigten, ließen sich nicht nur leichter „umdrehen“, sondern zeichneten sich dazu noch durch außergewöhnlichen Eifer aus (S. 159 ff.).

Bei ihrem V-Leute-Einsatz konnte die Gestapo einerseits an das bereits vorhandene Erfahrungswissen der Politischen Polizei der Weimarer Republik anknüpfen, andererseits durchlief sie im Zuge ihrer Entwicklung einen Prozess der Professionalisierung und erreichte damit eine neue Qualitätsstufe. Neu daran war das seit 1935/36 ansatzweise zentralisierte „Vertrauensmännersystem", welches eine Intensivierung der Informationsgewinnung gewährleistete. Der Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, bezeichnete V-Männer als „die eigentlichen Träger des Kampfes gegen die marxistischen Organisationen" (S. 163). Nach den zu Beginn des Regimes forcierten Razzien und Massenverhaftungen durch die SA ging die Gestapo zu längerfristigen Strategien über, installierte vorzugsweise bewährte Funktionäre in den illegalen Strukturen der KPD, um genaue Informationen über die Arbeitsweisen und personellen Verbindungen der verdeckten Zirkel abzuschöpfen. Da dieses Klientel aufgrund der Absprache zwischen Staatspolizei und Gerichten von Verurteilungen und Enttarnung verschont blieb, konnte es innerhalb des Widerstands in verantwortliche Positionen aufsteigen und ihre Untergrundtätigkeit im Auftrag der Gestapo fortsetzen. Mittels eines gestaffelten V-Leute-Einsatzes war die Gestapo in der Lage, sich in einige Bezirksleitungen der illegalen KPD einzuschalten und diese auch zu steuern. So etwa in Breslau, München oder Wien, wo der Widerstand so lange ausgehöhlt wurde, bis er stellenweise zur Farce mutierte (S. 164 u. 198 f.). Mithilfe ihrer Agenten initiierte die Gestapo in Hamburg, Stuttgart und Sachsen sogar selbst Widerstandsaktivitäten und simulierte diese, um potenzielle Staatsfeinde anzulocken (S. 190 f.). Diese Methode war allerdings nicht zwangsläufig von Erfolg gekrönt, denn die Manipulation von kommunistischen Widerstandsgruppen von der Spitze her funktionierte nur zeitlich begrenzt und keinesfalls flächendeckend. Andernorts erlebte die Staatspolizei herbe Rückschläge – etwa in Chemnitz, wo die grenzüberschreitende Spitzeltätigkeit der Staatspolizei aufflog, deren Methoden im Prager Exil zur Einleitung von Schutzmaßnahmen ausgewertet werden konnten (S. 194 f.).

Auf die systematische Unterwanderung ihrer Verbindungsnetze reagierte die exilierte KPD-Führung, indem sie die zentrale Inlandsleitung sowie die Bezirksleitungen abschaffte und durch im Ausland eingerichtete Abschnittsleitungen ersetzte. Aus den Nachbarländern wurden seitdem Instrukteure ins „Dritte Reich" entsandt, die selbstständiger und flexibler agierten. Zudem begegneten die Auslandsleitungen der KPD allen Neuankömmlingen aus dem Reich mit stärkerem Misstrauen. Seit Kriegsbeginn war die Gestapo praktisch außerstande, ihre Spitzel in die weiter verzweigten Netzwerke von Großstädten wie Berlin, Hamburg oder Leipzig und in die dortigen Leitungspositionen zu platzieren. Selbst wenn sie auf ihrer Jagd nach „Edelwild", so der zynische NS-Jargon, Erfolge verbuchte, stieß sie zuweilen auf „hartgesottene[.] Kommunisten […], die alle Vorwürfe abstritten" und eine „todesmutige Standhaftigkeit" bewiesen (S. 212). Ein kommunistischer Insasse im KZ Buchenwald etwa, dem ein Beamter der Stapostelle Düsseldorf die sofortige Freilassung in Aussicht stellte, wenn er sich als V-Mann verpflichten würde, zog die Lagerhaft dem Verrat vor (vgl. Holger Berschel, Bürokratie und Terror. Das Judenreferat der Gestapo Düsseldorf 1935–1935, Essen 2001, S. 152).

Nach den rigiden Normen der KPD stand beinahe jedes von der kategorischen Aussageverweigerung abweichende Verhalten unter dem Verdikt des Verrats. Die den Verhafteten in Folterverhören abgepresste Preisgabe von Genoss[inn]en, Parteistrukturen, illegalen Quartieren oder Waffenverstecken galt als Bruch des Vertrauensverhältnisses, was zumeist die Verstoßung aus der Partei nach sich zog – ungeachtet des Umstands, dass der Kapitulation in den Verhören in der Regel eine brutale physische und psychische Gewaltausübung vorausgegangen war. Um dem Schicksal eines Verräters an den Genossen zu entgehen, verübten viele Kommunist[inn]en Suizid. Andere verfielen auf Ausweichstrategien. Dabei gab es einen weiter zu fassenden Bereich von Grenzfällen, bei denen „Schwankungen, Ausweichbewegungen, Taktik, Opportunismus und Kollaboration […] oft eine schwer zu durchschauende Melange [bilden]" (S. 237).

Das wechselhafte Verhalten mancher Kommunist[inn]en, die zeitweise der Gestapo zu Diensten waren, dann aber wieder als parteiverbundene Genoss[inn]en wirkten, hatte verschiedene Gründe. Einmal in die Zwickmühle geraten, machten die Verhafteten meist erst einmal widerwillig Konzessionen an ihre Peiniger, bekamen aber später Skrupel. Temporäre Handlungsspielräume nutzten sie dazu, der Gestapo entweder substanzlose Informationen zu liefern oder deren Ermittlungen zu verzögern. Tatsächlich gelang es den Betroffenen in einigen Fällen, ihre Identität zu verschleiern oder die Verfolgungsinstitution durch die Weitergabe von Falschinformationen auszumanövrieren. Gesinnungswandel war ihnen bloß ein Lippenbekenntnis, ansonsten hielten sie konsequent an ihren Überzeugungen fest und ergriffen den letzten Ausweg, um mit intendierten Täuschungsabsichten als V-Mann ihre Auftraggeber auszutricksen, ohne dabei nach Möglichkeit anderen zu schaden. In einer akuten Zwangslage war eine derartige Anpassung eben nicht mehr und nicht weniger als eine situativ bedingte „Mischung aus Taktik und Opportunismus" (S. 318). Nach Schätzungen des Reichssicherheitshauptamtes waren mindestens 30 Prozent aller V-Leute nicht verlässlich.

Neben einem irritierenden, oft ambivalenten Wechselverhalten mit dem Ziel, sowohl den eigenen Kopf zu retten als auch gleichzeitig andere vor Verfolgung zu bewahren, gab es jedoch auch eine ganze Reihe von tatsächlichen Verräter/innen aus Überzeugung, bei denen es zur Herbeiführung eines Gesinnungswandels keiner Gewalt bedurfte. Wenn die Staatspolizei auf eine sukzessive „Zerstörung der subjektiven Sinnstruktur" (Mallmann) derjenigen abzielte, die ihr in die Fänge gerieten, bot sie ihren Konfidenten gleichzeitig eine neue Identität an, mit der sich entleerte Ideale kompensieren ließen, eine psychologische Methode, die nicht selten verfing. Dies zeigte sich auch darin, dass bei den abtrünnig Gewordenen die marxistische Terminologie und die NS-Ideologie zuweilen eine markante Synthese eingingen. Erleichtert wurde die Ablösung des Loyalitätsverhältnisses, wenn die Bindungen an die KPD bereits durch interne Konflikte erschüttert waren.

Dies konnten persönlich gefärbte Differenzen mit den Leitungsinstanzen sein oder politische Umstände – etwa die deutsch-sowjetische Bündnispolitik oder die allgemeine Depressionsstimmung, die sich nach den Eroberungsfeldzügen der Wehrmacht einstellte. Obendrein beförderte die Moskauer Parteiführung demoralisierende Tendenzen, als sie emigrierten Kommunist[inn]en ohne Vorstrafen die Rückkehr ins Deutsche Reich nahelegte. Weil dies wie ein Signal der Kapitulation wirkte, reagierten kampfentschlossene Widerständler/innen aufgebracht, während die Mehrheit die Kehrtwendungen achselzuckend zur Kenntnis nahm.

Im Umgang mit Verrätern setzte die illegale KPD die schon vor 1933 praktizierten Methoden der Spitzelabwehr fort. Der AM-Apparat gab Spitzelwarnlisten heraus, die nach der „Schrotflintenmethode" zwar eine beträchtliche Anzahl von Treffen verbuchen konnten. Insgesamt schoss die Spitzelabwehr jedoch über das Ziel hinaus. Aufgrund bloßer Gerüchte und unbewiesener Verdachtsmomente kam es in vielen Fällen zu falschen Anschuldigungen. Außer den enttarnten tatsächlichen oder angeblichen „Spitzeln", „Parteischädlingen", „kriminellen Elementen oder Betrügern" tauchten all jene auf den „Schwarzen Listen" auf, die sich lediglich aus taktischen Gründen auf die Gestapo eingelassen hatten. Insofern bekamen die „zerstörerische Wirkung des Verdachts […] zahlreiche Kommunisten im Widerstand zu spüren" (S. 381). Allzu beflissentliche V-Leute entlarvten sich aber auch selbst, wenn sie etwa Tarnadressen oder die Namen von Verbindungspersonen erfragten und damit die konspirativen Regeln verletzten. Während die Basis der illegalen KPD unter den gegebenen Bedingungen für individuelle Ausweichstrategien zur Schadensbegrenzung Verständnis zeigte, lehnte die moralisch-rigorose Parteiführung jedwede „Praxis einer intuitiv gehandhabten, experimentellen Ethik der Schadensbegrenzung" als Verletzung der Parteidisziplin ab. Nach den strikten Normen des Parteireglements blieb den Verhafteten nur die Selbstaufopferung als letzte Alternative (S. 438).

Der Autor hebt hervor, dass die „Unerbittlichkeit in der Handhabung des Verratsbegriffes durch die illegale KPD […] jedoch nicht mit Beliebigkeit oder Paranoia verwechselt werden [darf]“ (S. 381 u. 437) oder gar einem Auswuchs des stalinistischen Terrors in der UdSSR gleichkam, wo jedwede Abweichung von der Parteilinie inflationär als Verrat stigmatisiert wurde. Denn die Spitzelgefahr in Deutschland war rational begründet und deren Abwehr eine Reaktion auf eine unmittelbar existenzbedrohende Situation. Maßnahmen dagegen liefen daher in erster Linie auf die Neutralisierung von NS-Kollaborateuren durch Anprangerung hinaus, Rache blieb dagegen meist außen vor. Wenn im Widerstand gelegentlich Gewaltakte gegen überführte Spitzel vorkamen, geschahen diese fast nie aus Tötungsabsicht: „Fememorde gehörten generell nicht zum Repertoire der illegalen KPD“ (S. 417). Der moralische Anspruch des antifaschistischen Widerstands und dessen Bezugnahme auf humanistische Ideale unterschied den kommunistischen Widerstand von seinen nazistischen Widersachern.

Die Frage, ob das Überlaufen zu den NS-Organisationen in der Durchsetzungsphase des Regimes 1933/34 gar als „empirischer Test der Reichweite der Totalitarismustheorie dienen“ kann, verneint der Autor mit überzeugenden Argumenten. In Anbetracht des Umstandes, dass Übertritte überwiegend nicht aus freier Meinungsbildung resultierten, sondern von externen Faktoren abhingen, also in Zwangslagen erfolgten, kann demnach „die These einer durch innere Wesensverwandtschaft bedingten Konvertibilität von Links- und Rechtsextremismus […] für das gesamte Verratsgeschehen keine Gültigkeit beanspruchen“ (S. 434). Zudem fundieren die ausgebreiteten Fallstudien keine Gegenthese zur Heldenerzählung der DDR, um die Geschichte der KPD quasi als Geschichte von Verrätern darzustellen. Die Unterwanderung durch Gestapoagenten war ohnehin kein singuläres Spezifikum der KPD. Ungeachtet mancher Beispiele von Schwäche, Tragik und Niedertracht im kommunistischen Milieu warnt der Autor vor einer „Überbetonung der Verratsproblematik“: „Bei aller mythischen Überhöhung steht der Opfermut zahlreicher kommunistischer Wider-

standskämpfer außer Zweifel. […] Und an idealistischen Menschen, die sich eher zu Tode foltern ließen oder sich das Leben nahmen, als Genossen zu verraten, mangelte es der Partei nicht“ (S. 440). Über den Bedeutungsgrad des Verrats kommt der Autor zu einer paradox anmutenden Einschätzung: In funktionaler Hinsicht stellte Verrat für die illegale KPD ein signifikantes, existenzbedrohendes Problem dar, war aber trotz seiner verheerenden Auswirkungen zugleich ein peripheres Phänomen (S. 162 u. 433 f.).

Mittels einer Clustertechnik hat Udo Grashoff zahlreiche Einzelfälle in typische Kategorien gefasst und damit die Grenzbereiche von Verrat in ihren jeweiligen Konstellationen „von situativen Faktoren und individuellen Handlungsdispositionen“ ausgeleuchtet (S. 432 f.). Auf einem zweifellos kontaminierten Terrain hat er dabei alle erdenklichen Fallstricke vermieden. In diesem Sinn entspricht die Studie dem selten eingelösten Anspruch einer historischen Forschung, die stets abwägend analysiert anstatt vorschnell zu (ver-)urteilen. Es handelt sich hier um nichts weniger als ein wegweisendes Werk mit bleibendem Wert für die Geschichtsschreibung.

Hartmut Rübner

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Offen im Denken

ub universitäts bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

Link: https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00075870

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 31 (2022) S. 209-219

Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.